



Liebe FU-Frauen,
liebe Freunde der Frauen Union,

herzlich willkommen zu unserem Delegiertentag. Wie jedes Jahr kommen wir zusammen, um zurück und voraus zu blicken. In der Rückschau zeigt sich Positives und Negatives gleichermaßen – wer arbeitet, macht auch Fehler, leistet jedoch noch immer bedeutend mehr als diejenigen, die nur betrachtend in der Loge sitzen.

Das Vortragsthema des Delegiertentages, **„Hat die Aufklärung versagt?“** hat auch in jüngster Zeit wiederholt zu Schlagzeilen geführt - zuletzt im Fall der 12jährigen in Hamburg, die Mutter wurde. Jugendliche zeigen eine angesichts der allgegenwärtigen Präsentation von Sexualität ebenso überraschende wie erschreckende Unwissenheit über die Funktionen des eigenen Körpers ebenso wie über die Notwendigkeit und Möglichkeiten der Verhütung von Schwangerschaften. Dies zeigt auch eine neue Umfrage, der sowohl BILD als auch DIE WELT eine Titelseite gönnten.

Ein Delegiertentag hat auch die Funktion, ein Gefühl der Gemeinschaft zu erneuern, das im Alltagsgeschäft oft verloren geht. Wir Frauen haben thematisch viel erreicht - auch in der CDU. Die heute beherrschenden Schlagzeilen Familie, Gesundheit, Altersversorgung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, familienfreundliche Arbeitsbedingungen, Nachhaltigkeit, Menschenrechte, um nur einige zu nennen, sind schon seit langem **unsere** Themen. Es hat Jahrzehnte gedauert, um sie ins **allgemeine** Bewusstsein zu bringen.

Um diesen Prozess künftig zu beschleunigen, brauchen wir mehr Einfluss. Dass diejenigen, die Macht heute innehaben, nicht willig teilen wollen, ist nachvollziehbar. Aber Frauen geben nicht auf!

Wir schaffen es, wenn wir unsere Netze eng genug knüpfen – sowohl innerhalb des FU-Landesverbandes, als auch darüber hinaus. Das bedeutet: Einander stärken durch Lob, durch Einladung zu Veranstaltungen, sei es als Vortragende oder Zuhölerin. Wenn unser Netz wirklich auffangen soll, bedarf es der Verknüpfung mit den Machtstrukturen der Partei, deren „Herrscher“ immer noch die Männer sind. Jede, die im Februar in Rendsburg die Feier anlässlich des 60. Geburtstages der CDU erlebt hat, konnte dies überdeutlich spüren.

Wir brauchen also eine Doppelstrategie: Kooperation mit der „Vaterpartei“ und Fitmacher für uns Frauen. Die Landes-FU hat mit beiden Elementen begonnen. Gerade hat der geschäftsführende Vorstand in einem Gespräch mit dem CDU Landesvorstand seine Vorstellungen für die Gewinnung und Förderung von Frauen für die Politik vorgetragen (siehe unten „Frauen in der CDU“) und ist dabei auf gute Resonanz gestoßen. Das Seminar „Fit For Politics“ war ein wichtiger Baustein. Es werden weitere Veranstaltungen folgen. Astrid Damerow hat ein Konzept erarbeitet wie für die Politik Frauen gewonnen werden können. Erster Schritt ist eine Befragung erfolgreicher Mandatsträgerinnen.

Meine Damen, liebe Leser: Eine Klagemauer ist kein Startblock zum Erfolg. Nehmen wir die Situation wie sie ist und nutzen sie. Wie immer unübertrefflich bringt Goethe es auf den Punkt: **„Auch aus Steinen, die in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen.“** Lassen Sie uns gemeinsam Schönes bauen.

Herzlich Ihre

A handwritten signature in black ink, reading 'Karin Wiedemann' in a cursive script.

Karin Wiedemann



Karin Brückert

Stellvertretende FU-Landesvorsitzende

Wenn Kinder Kinder kriegen

Die Zahlen der minderjährigen Mütter und der Abbrüche bei Minderjährigen sind weiterhin besorgniserregend.

Die Frauen Union beobachtet diesen Trend aufmerksam und die Arbeitsgruppe „Teenagerschwangerschaften“ des Bundesvorstandes, der ich angehöre, hat auf der letzten Sitzung ihren Bericht und die letzten Zahlen vorgelegt.

Hinter diesen Statistiken verbergen sich handfeste gesellschaftliche Probleme und Entwicklungen:

Es handelt sich nicht um ein deutsches Problem, die Bundesrepublik liegt im internationalen Vergleich bei den Zahlen im Mittelfeld. Führend ist Großbritannien in Europa und in der westlichen Welt sind es die USA.

Aus den Untersuchungen geht eindeutig hervor, dass es sich bei den betroffenen Personenkreisen um Mädchen handelt, deren soziales Umfeld gekennzeichnet ist von zerrütteten familiären Beziehungen und Familien, die sehr oft abhängig von Sozialhilfe oder anderen sozialen Ersatzleistungen sind. Die Mädchen selbst haben oft ein geringes Ausbildungsniveau und daher geringe gesellschaftliche und berufliche Perspektiven. 40 % der minderjährigen Mütter haben keinen Schulabschluss, 50 % haben einen Hauptschulabschluss, 5 % einen Realchulabschluss, 4 % haben Abitur.

Weil die betroffenen Mädchen meist aus bildungsfernen Familien und Bevölkerungsschichten stammen und schwer zu belehren sind, ist es von großer Bedeutung, ein Vertrauensverhältnis zu ihnen aufzubauen, denn das „Gefühlschaos“, in der Pubertät und die Sehnsucht nach einem glücklichen und leichten Leben an der Seite eines Traummannes trüben den Blick auf die Realitäten. Sie glauben durch die Mutterschaft Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erlangen. Es ist schwierig, mit Vernunft und sachlicher Aufklärung gegen romantische

Träume zu argumentieren und die jungen Mädchen zu Enthaltbarkeit oder mindestens Verhütung zu überzeugen und ihnen eine realistische Perspektive für ihr Leben über Schulabschluss und Berufsausbildung aufzuzeigen. Sie sehen auch nicht, dass Schwäche und mangelnde Lebenserfahrung sie zu leicht verführbaren Opfern machen und glauben den glühenden Schwüren zu ewiger Liebe, mit denen sie zur „Hingabe“ verführt werden. Sehr, sehr viele Mädchen werden Opfer von Männern, die sie ganz bewusst nur benutzen und voller Verachtung für sie und ihre Welt sind.

Aber nicht nur Schwangerschaft droht bei sexueller Betätigung, die gesundheitlichen Risiken junger Mädchen sind ein Tabuthema in unserer Zeit der grenzenlosen Liberalisierung jugendlicher Sexualität. Darstellungen sexuellen Inhalts in den Massenmedien sind an der Tagesordnung, sie wecken die jugendliche Neugierde und Experimentierfreude. Als Folge sind die Mädchen eher bereit, ihre eigene Sexualität früh auszuprobieren. Der Spaß am Sex wird gerühmt aber keiner sagt ihnen, dass man vom Sex auch krank werden kann.

Dr. Gille von der „Gesellschaft zur Gesundheitsförderung der Frau“ hat in Berlin bei minderjährigen Schülerinnen und jungen Frauen eine Erhebung zum Vorkommen von Chlamydien-Infektionen durchgeführt. Im Schnitt waren 6,4 % der 266 untersuchten Minderjährigen infiziert, nachdem sie im Schnitt 19 Monate Geschlechtsverkehr hatten, bevor der Erreger entdeckt wurde. Bei den unter 15jährigen waren 3,6 % und bei den 17jährigen schon jede zehnte befallen. In den Niederlanden hat die Neuinfektionsrate zwischen den Jahren 2000 und 2002 um 62 % zugenommen.

Mediziner vermuten, dass die steigenden Zahlen von Teenagerschwangerschaften parallel einhergehen mit der Ausbreitung sexuell übertragbarer Krankheiten.

Die Chlamydien haben den höchsten Anteil an sexuell übertragbaren Infektionen. Es gibt in Deutschland keine Zahlen, aber in Europa und den USA ist die häufigste sexuell übertragbare Krankheit die Infektion mit Chlamydien - und sie gilt als der Hauptgrund infektionsbedingter Unfruchtbarkeit. Jede vierte bis fünfte Frau, die an einer genitalen Chlamydieninfektion leidet, ist von einer nachfolgenden

Sterilität betroffen. Es wird heute vermutet, dass bereits 100 000 Frauen in Deutschland aufgrund einer durchlaufenen Chlamydieninfektion auf natürlichem Wege keine Kinder mehr bekommen können.

Am meisten bedroht sind die jungen Mädchen von dieser Infektion, denn die Reifung der lokalen Immunabwehr im Genitaltrakt ist zunächst noch unvollständig. Da die meisten Mädchen beim ersten Geschlechtsverkehr einen älteren Partner haben, erhöht sich auch dadurch die Infektionsgefahr - 90 % der Infizierten ahnen nichts von ihrer Infektion.

Die Berliner Untersuchung ergab, dass bei den meisten die Zusammenhänge nicht bekannt sind. Zwei Drittel der Befragten benutzen zwar beim ersten Geschlechtsverkehr ein Kondom, aber hauptsächlich deshalb, weil sie eine Schwangerschaft verhüten wollen, später verhüten die Mädchen dann mit der Pille und der Gebrauch von Kondomen geht zurück. Dann benutzen nur noch 20 - 30 % Kondome, 53 % höchstens unregelmäßig.

Offensichtlich haben auch Anti-Aids Kampagnen nicht ausgereicht, um den Gebrauch von Kondomen selbstverständlicher zu machen.

Häufig wechselnde Partner, Drogenkonsum und schlechter Bildungsstand stellen nach britischen Untersuchungen eine besondere Gefährdungssituation dar. Auch Untersuchungen in Deutschland zeigten, dass die Wahrscheinlichkeit einer Infektion um so höher ist, je geringer die Schulbildung ist.

In England geben 10 % der jungen Männer an, dass sie beim „ersten Mal“ betrunken gewesen seien oder Drogen genommen hätten. Eine kürzlich im Deutschlandfunk veröffentlichte Reportage zeigte, dass auch junge Mädchen (ab 12 Jahre) in England „binge drinking“ („Komasaufen) für eine „normale“ Freizeitbeschäftigung halten. Sie werden dann im Vollrausch „abgeschleppt“ und wundern sich, wenn sie schwanger sind.

Es wird höchste Zeit, Aufklärungskampagnen so zu gestalten, dass sie die jungen Menschen erreichen und ihnen vermitteln, dass grenzenlose Freiheiten auch in der Sexualität Folgen haben können, die ein gesamtes Leben beeinträchtigen.



Karin Wiedemann

"Unternehmen und Familie gehören zusammen"

Ein Projekt des Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein unter Federführung der Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein Karin Wiedemann

Im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein hat eine Projektgruppe „Familienfreundlicher Betrieb“ ihre Arbeit aufgenommen deren Tätigkeit darauf zielt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht mehr als frauen- und familienspezifische Frage anzusehen, sondern die Unternehmen als Hauptansprechpartner wahrzunehmen. Wie überzeugend dieser Ansatz ist, zeigen die aktive Beteiligung der Handels- und Handwerkskammern und die große Resonanz aus den Unternehmen.

Die Verwirklichung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird ohne die Arbeitgeber keinen Erfolg haben. Ziel des Projektes ist es, den Unternehmen die Bandbreite familienfreundlichen Agierens und die daraus resultierenden eigenen wirtschaftlichen Vorteile bewusst zu machen. Unternehmen, die in Familienfreundlichkeit investieren, können nach einer Studie der Prognos AG (Juni 2005) mit einer Rendite von bis zu 25 Prozent rechnen, zumal sich familienfreundliche Maßnahmen auch positiv auf die Mitarbeiterschaft im Ganzen auswirken. Durch eine höhere Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sinkt die Fluktuation, Personalbeschaffungs- und Einarbeitungskosten werden minimiert. Fehlzeiten und Krankenstand gehen zurück. Leistungssteigerung durch höhere Motivation und Zufriedenheit führen zur Erhöhung auch der Kundenzufriedenheit. Betriebsspezifisches Know-How bleibt angesichts höherer Rückkehrquoten aus der Elternzeit erhalten. Dies alles ist auch auf dem Hintergrund bereits bestehende Knappheit an Fachkräften zu sehen, die durch die demographische Entwicklung noch verschärft werden wird.

Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, in der betrieblichen Praxis bewährte Instrumente für eine familienfreundliche Personalpolitik, ausgerichtet auf die Besonderheiten des Betriebes, zu erfassen und anderen Unternehmen an die Hand zu geben. Es geht nicht nur um Betriebskindergärten – dieses Missverständnis hat oft zur Folge, dass kleine und mittlere Betriebe das Thema zu den Akten legen. Es geht auch um Vereinbarungen, die keine oder wenig Kosten verursachen, wohl aber mit beiderseitigem guten Willen und Phantasie umzusetzen sind. Es seien hier nur einige Beispiele genannt:

Unternehmen können, wie auch die schleswig-holsteinische Landesregierung, ein Kontingent an Notfallkindergartenplätzen buchen, um unvorhergesehene Betreuungserfordernisse auszugleichen. Unternehmen können Nachweis oder Vermittlung von Kita-Plätzen übernehmen. (Übrigens sind die Bundesländer gefragt, bürokratische Hürden für die Schaffung von Betriebskindergärten/-spielgruppen abzubauen). Maßnahmen zur Flexibilisierung von Zeit und Ort der Leistungserbringung sind ebenso wichtig wie die Einrichtung von Telearbeitsplätzen, die so organisiert werden, dass sie auch einen Sozialkontakt zu den Kollegen ermöglichen. Genannt seien auch Kontaktpflege und Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen während des Erziehungsurlaubes von Müttern und Vätern.

Das Projekt „Familienfreundliche Personalpolitik“ des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums sieht eine Palette von Aktionen vor. Die Arbeitnehmer im Land werden aufgerufen, ihren familienfreundlichen Betrieb für die Teilnahme am Wettbewerb „Ist Ihnen Ihr Unternehmen einen Preis wert?“ zu melden. Die zuständige Staatssekretärin besucht Betriebe mit besonders familienfreundlicher Struktur, führt Gespräche und multipliziert die Erkenntnisse über den Mehrwert von familienfreundlichen Maßnahmen. Gemeinsam mit den Hochschulen finden Fachveranstaltungen zum Thema statt. Das Ministerium unterstützt Fortbildung in familienfreundlichem Personalmanagement und bezieht entsprechende Projekte in seine Förderprogramme ein. Minister und Staatssekretärin weisen bei Veranstaltungen oder in Presseinformationen auf die Notwendigkeit hin, Familienfreund-

lichkeit als Kriterium des Qualitätsmanagements zu begreifen.

Die bisher gewonnene Erfahrung zeigt, dass der eingeschlagene Weg geeignet ist, einem Thema zum Erfolg zu verhelfen, das die Frauen-Union seit Jahrzehnten gegen Widerstände und Desinteresse verfolgt hat.



Gudrun Hunecke
Ehrenvorsitzende der FU

Kein spektakulärer Erfolg

.....aber immerhin ein langsamer und leiser Erfolg in Sachen Familienpolitik. Es ist gerechtfertigt zu behaupten, dass alle diejenigen, die sich schon immer für Familienpolitik eingesetzt haben, sowohl im parlamentarischen als auch im sog. vopolitischen Raum, in der letzten Zeit einen Erfolg zu verzeichnen haben. Schaut man sich alle politischen Wahlaussagen, die dazugehörigen Reden, die Flyer, die Grundsatzprogramme an, dann rangiert die Familie immer mit an oberster Stelle. Sogar Gewerkschaften und Arbeitgeber haben erkannt, dass Familienpolitik ein wichtiges gesellschaftliches Problemfeld war und ist, über das man auch alle anderen Bereiche definieren kann.

Wie haben wir FU-Frauen dafür gekämpft, dass nicht nur die materielle Besserstellung von Familien sondern auch die Akzeptanz der Familienarbeit und Familienleistung Fuß fasst. Bescheidene Erfolge waren vor 20 Jahren die Einführung des sog. Erziehungsgeldes, später dann auch die Anrechnung auf die Rentenbegründung sowie die institutionelle Förderung z.B. von Familienbildungsstätten. Die CDU hat auch schon in den 80iger Jahren auf Bundesebene regiert und trotzdem mussten die Minischritte von damals schon schwer erkämpft werden. Gar nicht zu reden von der linken politischen Seite, die das rigoros ablehnte.

Familie wird heute anders definiert mit einigen überraschend übereinstimmenden Formulierungen quer durch alle politischen Einstellungen. Das ist schon gut und hat mit Sicherheit etwas mit den di-

cken Brettern, die in der Politik zu bohren sind, und die Familien- und Frauenpolitikerinnen unermüdlich gebohrt haben, zu tun.

Die Gründe hierfür sind vielfältig, aber im Kern wieder in der Frauenpolitik anzusiedeln. Frauen, gleich welcher politischen Fachrichtung angehörend, sehen eben sehr pragmatisch, die immer wiederkehrende Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Sie haben dies immer vehementer eingefordert und durch die zwangsläufig zugenommene Erwerbstätigkeit von Müttern (Rentenverläufe) einen solchen Druck erzeugt, dass der Knoten dann plötzlich platzte in den Köpfen der Gegner und Gegnerinnen.

Wenn ich wahrnehme, dass der heutige Bundesfinanzminister Steinbrück zwar zähneknirschend aber immerhin tief in seine Tasche greifen musste, um eine sehr deutliche Verbesserung der materiellen Familienleistungen zu gewähren, dann haben wir doch einen großen Erfolg zu verzeichnen.

Vielen geht das nicht weit genug, aber immerhin. Eine Bewusstseinsänderung in den Köpfen ist erreicht und zwar nur über die aktive Frauen- und Familienpolitik. Während ich mir um die Fortführung der Familienpolitik keine Sorgen mehr mache, sehe ich das bei der Gleichstellungspolitik (Frauenpolitik) deutlich kritischer. Hier haben wir bereits einen Stillstand bzw. auch schon Rückschritt zu verzeichnen.

Schleswig-Holsteins Regierung, besonders auch das Wirtschaftsministerium hat die Bedeutung von Familienpolitik voll erkannt und ist aktiv geworden. Das ist neu und auch auf den Einfluss der neuen Staatssekretärin zurückzuführen. Man sieht, kämpfen und überzeugen kann auch zum Erfolg (Teilerfolg führen und Einsatz lohnt sich.

Eine Prämisse, die immer für uns FU-Frauen, selbstverständlich war und ist.



Dr. Maria Meyer zu Natrup

FU-Landesvorstand

FU- Kreisvorsitzende Hzgt. Lauenburg

"Rentenfutter"

Aus Berlin hören wir über neues Geld für Familien! Um in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu investieren, kündigte Familienministerin von der Leyen an, ab 2007 werde es zusätzlich eine Milliarde Euro für das Elterngeld geben.

Der FAZ-Herausgeber Frank Schirmacher meint, wir Frauen seien angesichts der demografischen Krise, die letzte Rettung. Er erklärt in seinem neuen Buch "Minimum" (erschieden bei Blessing), warum uns Frauen angesichts der schwächer werdenden sozialen Versorgung und der Last des Alters eine große Rolle zukäme: Frauen sorgen normalerweise in schlechter werdenden Zeiten für Geburten, Altenpflege etc..

In der Tat wollen meine Töchter sich sowohl emanzipieren, arbeiten, nach dem Studium ordentlich Geld verdienen, als auch Kinder haben. Die Frauen seien, so Frank Schirmacher, unsere Zukunft und bei schwachen sozialen Vernetzungen und leeren Staatskassen der Mittelpunkt instabiler Gesellschaften.

Zudem sollen unsere Töchter sich um uns Eltern, um ihre Kinder, um das Bruttoinlandsprodukt und um unsere kinderlosen Verwandten, Geschiedenen und Kranken kümmern. Und dann noch: sie sollen uns unsere absehbare Einsamkeit nehmen. Denn die gesellschaftliche Verwaisung und Einsamkeit ist allerorten spürbar.

Wie heißt es auf unseren Parteitag? -"Kinder sind Zukunft!" -"Die Familie soll füreinander tun, was der Staat nicht tut oder nicht mehr tun kann." Die Parteiredner meinen dabei wohl weniger sich selbst, sie meinen "ihre" Töchter und Frauen. Der erhoffte und mit Familiengeld hofierte Geburtenanstieg soll unsere Renten sichern, denn die Politik hat mit ihrer Rentenpolitik kläglich versagt.

Moment mal!

Wenn wir so wichtig sind, warum wurden dann die vielen Anträge, Papiere, Seminare etc. der Frauen Union nicht schon vor Jahren zu einem Hauptthema gemacht?

Wenn wir so wichtig für das Überleben unserer Gesellschaft und unserer Sozialsysteme sind, warum sind wir dann "nur die Frauen Union"?

Weil unsere Lebenswelt nicht die Hauptsache ist und doch zur Hauptsache in der Politik geworden ist. Unsere Lebenswelt ist mit Beruf und Kindern das Gegenstück zu Beruf, Fitness, Geld, Prestige und Konsum.

Kein ruhiger Abend, kein Last-Minute-Flug nach Paris oder Teneriffa. Immer nur Verantwortung und Hingabe. Iris Radisch beschreibt in der "Zeit" (16. März: "Der Preis des Glücks"), warum Mütter immer häufiger "sitzengelassen" werden. Kinder, so meint Frau Radisch, machen einsam, blöd und spießig. Sie gibt damit die Mehrheitsmeinung der Freizeit gestaltenden Bevölkerung wieder. Frau Radisch ist zwar nicht freundlich, dafür aber ehrlich und realistisch. In dieser narzisstischen Lebenswelt existieren Kinder nicht. Diesen Menschen fehlt die Vorstellung von dem, was ein Kind bedeutet: Liebe und ein Versprechen an die Zukunft. Eltern, die den eigenen Kindern nicht gerecht werden (auch oftmals unsere Mitbürger mit dem oft zitierten Migrationshintergrund) lassen Lehrer dafür büßen. In der jetzigen demographischen und kulturellen Krise (mitsamt dem Zusammenbruch der Ausländer-Integration) sollen wir deutsche Frauen möglichst viele Kinder kriegen und sie dann gleich wieder loswerden können, zuerst in Krippen, dann in Kindertagesstätten, vorm Fernseher parken und später in die Ganztagschule.

Das, so meine erwachsenen Töchter, wollen sie aber nicht. Meine erwachsenen Kinder wollen das Glück mit Kindern und mit ihnen die Hoffnung, das große Abenteuer der Menschwerdung. Sie sind bereit, partnerschaftlich Fürsorge und Verantwortung auf sich zu laden, des Glückes wegen. Sie sind auch bereit, das hippe Leben aufzugeben, der Liebe wegen. Sie sind sogar bereit, bei Scheidung allein Sorge zu tragen. Sie sorgen sich um eine Lebensform, die es ihnen erlaubt, ihre Elternschaft verantwortungsvoll zu leben und gleichzeitig beruflich

produktiv zu sein. Sie wollen aber über die Hilfe von Kindergärtnerinnen und Lehrern hinaus liebevoll und kompetent mit ihren Wunschkindern leben. Meine Töchter wollen keine Väter, die zwischen verschiedenen Patchworkfamilien pendeln.

Sie suchen Betriebe, die ihre Arbeitszeiten familien-tauglich machen. Sie suchen die Jobs, die sie nicht zu modernen Jobnomaden machen. Warum gibt es keinen Kombilohn für Mütter, die einen Teil der Arbeitszeit ihren Kindern widmen? Warum gibt es keine bessere, rentenwirksame Anerkennung von Erziehungszeiten? Meine Kinder wollen auf keinen Fall Kinder als Rentenfutter. Töchter und Kinder sollen "rentenwirksam" reduziert werden, sollen abwerfen, sie sollen sich rentieren, uns retten, vor Armut und Überalterung, vielleicht auch vor Überfremdung.

Solange die Politik glaubt, sich Kinder kaufen zu können, als Haushaltstitel des Familienministeriums, solange werden kluge Mädchen und Frauen ihre Glückssuche ohne die Politik und ohne den Staat machen. Kinder als Rentenfutter und Frauen als soziales Auffangnetz: die Politik muss umdenken, nicht die Frau.



Karin Brückert

Stellvertretende FU-Landesvorsitzende

Bericht aus dem Bundesvorstand der FU

Der Bundesdelegiertentag der Frauen-Union am 12./13. November 2005 in Ludwigsburg.

Die Delegierten verabschiedeten in Ludwigsburg den Leitantrag „**Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Art. 3 Grundgesetz umsetzen - Deutschlands Chancen nutzen.**“

Im Folgenden möchte ich Ihnen eine zusammenfassende Darstellung dieses Leitantrages geben:

Der Leitantrag der Frauen-Union stellt fest, dass 20 Jahre nach den Essener Leitsätzen Frauen in unserer Gesellschaft immer noch nicht am Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe angekommen sind.

Aber nicht nur in unserer Gesellschaft ist die Situation für Frauen unbefriedigend, besonders international hat sich die Situation von Frauen nicht verbessert. Es gibt Tendenzen, die unveräußerlichen und unteilbaren Menschenrechte der Frauen in Frage zu stellen, was wir durch die Zuwanderungssituation und die damit verbundenen Integrationsprobleme hautnah vor unserer Haustür erleben.

Gleichzeitig geht die Entwicklung dahin, dass immer mehr Menschen, gerade auch jüngere Frauen, eine eigenständige Frauenpolitik in Frage stellen.

In ihrem Leitantrag bekennt sich die Frauen-Union ausdrücklich zu einer eigenständigen Politik von Frauen für Frauen, da der konsequente Einsatz für die Interessen von Frauen der Gestaltung einer humanen Zukunft dient.

„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ und die CDU hat auch schmerzlich erfahren müssen, dass ohne die Stimmen von Frauen keine Mehrheiten zu erringen sind. Es ist von lebenswichtiger Bedeutung, dass die Situation der Frauen in der CDU genau analysiert wird und notwendige Änderungen auf den Weg gebracht werden.

Der Frauenbericht der Bundespartei von 2004 weist aus, dass sich der Frauenanteil der Mitglieder in den letzten 13 Jahren nicht verändert hat - er liegt bei 25 Prozent. In den Gremien der Partei haben die Frauen zur Zeit das Ziel einer Drittelbeteiligung erreichen können und auch in den meisten Landesvorständen hat es Fortschritte gegeben. Aber immer noch sind nur 22,8 Prozent der Bundestagsabgeordneten Frauen, weibliche Kreis- und Ortsverbandsvorsitzende sind weiterhin die Ausnahme.

Deswegen fordert die Frauen Union in ihrem Leitantrag u. a.

- eine professionelle Personalentwicklung in den Kreisverbänden der CDU und dass die Maßnahmen zur Personalentwicklung und personellen Veränderungen zu dokumentieren und parteiintern auszuwerten sind,
- dass Anstrengungen zur Gewinnung von weiblichen Mitgliedern zu dokumentieren sind und in den Frauenbericht des Generalsekretärs einfließen sollen neue Formen der Parteilarbeit, die den Lebenssituationen von

Frauen entgegenkommen ein spezielles Mentoring für Frauen, das auch die Darstellung politischer Strukturen und Abläufe berücksichtigt,

- konsequente Beibehaltung und Anwendung der satzungsgemäßen Förderinstrumentarien für Frauen, die von der Überzeugung gelenkt werden, dass eine Gleichstellung der Frauen nicht alleine Sache der Frauen ist, sondern von allen Männern und Frauen in der CDU gemeinsam getragen werden,
- dass das Quorum als Hilfsmittel beibehalten werden muss, weil derzeit noch nicht darauf verzichtet werden kann und bei Abweichungen vom Quorum müssen die Verantwortlichen in Zukunft genau darlegen, was sie zur Erfüllung der Satzungsvoraussetzungen unternommen haben,
- dass der Frauenbericht des Generalsekretärs sich nicht nur auf die summarische Darstellung der Situation beschränken darf, sondern aufzeigen muss, welche konkreten Maßnahmen ergriffen worden sind, um die Unterrepräsentation der Frauen zu beseitigen,
- weitergehende Maßnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen über die Ebene der Partei hinaus.

Zur **Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland** stellt der Leitantrag fest, dass sich für Frauen die Situation dramatisch verschlechtert hat.

Deshalb fordert die Frauen-Union,

- dass alles getan wird, um die Voraussetzung für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu ermöglichen.
- die sozialen Sicherungssysteme so umgestaltet werden, dass Frauen dadurch keine Nachteile erfahren.
- dass der Privathaushalt als regulärer Arbeitgeber anerkannt wird.
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer verbessert wird

- eine Unternehmenskultur in Deutschland, die die Leistungen, die Eltern für die Gesellschaft erbringen, anerkennt.
- eine Anpassung unserer langen Ausbildungszeiten an internationale Gepflogenheiten.

Frauenrechte - Menschenrechte

Es gibt einen alarmierenden Trend, die unveräußerlichen und unteilbaren Menschenrechte der Frauen in Frage zu stellen. Der Leitantrag stellt unumstößlich fest, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, die aus keinem Grund, sei er religiös, ethisch oder sonst wie begründet, relativiert werden.

Durch die Zuwanderung und den damit verbundenen Integrationsproblemen werden wir in Deutschland immer häufiger mit Frauenrechtsverletzungen konfrontiert. Es haben sich Parallelgesellschaften gebildet, in denen gerade Mädchen und Frauen Gewalt erleben. „Ehrenmorde“, Zwangsverheiratung, Importbräute sind Realität in unserem Lande.

Frauen sind eine begehrte „Handelsware“ geworden.

Die Frauen-Union fordert,

dass die Bundesregierung ihren internationalen Einfluss für die Einhaltung der Frauenrechte geltend macht.

- der im Zuwanderungsgesetz verankerte Grundsatz von der „Förderung der Integration“ besonders im nachholenden Bereich in die Praxis umgesetzt wird, insbesondere im Bereich der Sprachförderung,
- der Bildungs- und Erziehungsauftrag überprüft wird, da das im Grundgesetz verankerte Recht auf Religionsfreiheit nicht so ausgelegt werden darf, dass Mädchen die Teilnahme an schulischen Veranstaltungen versagt werden kann,
- Phänomene wie „Ehrenmorde“ und „Zwangsheirat“ untersucht werden und Konsequenzen gezogen werden,
- die Bundes- und Landesregierungen im Sinne der Beschlüsse von Weimar die Rechtssituation von Frauen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, verbessern

und die Instrumente, um die Täter und Hintermänner zu fassen, schärfen.



Sighild Klamt

FU- Kreisvorsitzende Neumünster

Die Deutsche Leitkultur

Der Begriff Leitkultur stammt von dem islamischen Intellektuellen Bassam Tibi, der als Professor Politikwissenschaft in Göttingen lehrt.

Unter diesem Begriff sind die typischen Lebensformen einer Bevölkerung einschließlich der sie tragenden Geistesverfassung und Werte

haltung, also die geistige und moralische Identität eines Volkes zu verstehen.

Schon zweimal in der deutschen Geschichte, als dem deutschen Volk die politische Einheit versagt war, nämlich von 1806 bis zur Reichsgründung durch Bismarck 1871 und von 1949 bis zur Wiedervereinigung 1990 hat nur die Leitkultur als „Kulturation“ die Einheit des deutschen Volkes bewahrt.

In Deutschland blicken wir zurück auf berühmte Theologen und Philosophen, Dichter, große Künstler und Naturwissenschaftler, wie z.B. Luther, Kant und Hegel, Lessing, Goethe, die Gebrüder Humboldt, Dürer, Mozart, Beethoven, Planck und Heisenberg. Ihre großartigen Leistungen in Geistes- und Kulturgeschichte, in Theologie und Philosophie, Dichtung, Musik, und bildender Kunst gehören zum unverzichtbaren Weltkulturerbe.

Die Philosophen und Dichter der deutschen Klassik bildeten mit der Verbreitung des Toleranz- und Humanitätsgedankens und durch das Wecken der Sehnsucht nach individueller Freiheit den Mutterboden, auf dem gemeinsam mit dem übrigen Europa die Grund- und Menschenrechte sich gründeten und schließlich 1919 in die Weimarer Reichsverfassung und 1949 im Grundgesetz in Deutschland politisch durchgesetzt wurden. Ohne die deutsche Stimme im Konzert der anderen großen europäi-

schen Denker wären Grund- und Menschenrechte, die Bürgergesellschaft, der citoyen, der verantwortungsbewusste Bürger, von dem die moderne Demokratie lebt, undenkbar in Deutschland.

Diese Geschichte hat die Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland geprägt. In dieser Geschichte, deren Ergebnis ja unser Grundgesetz ist, suchten und suchen die Deutschen nach tiefer Reue über die unsägliche Hitlerzeit und in tätiger Buße erneut ihre Identität. Mit diesem Grundgesetz haben die Deutschen einen Neuanfang gewagt. Das ist die leitende Kultur, der feste Boden, auf dem wir in Toleranz und Hilfsbereitschaft trotz allem optimistisch in die Zukunft blicken.

Der Begriff Leitkultur umfasst also sehr viel mehr als der Begriff Verfassungspatriotismus, der eine Verengung auf das rein politische darstellt, Gemüt und Seele des Menschen aber außer Acht lässt.

Die Leitkultur will nur darauf hinweisen, dass auch wir Deutschen, wie es für alle anderen Völker selbstverständlich ist, uns zu unserer tausendjährigen Geschichte und Kultur bekennen dürfen und daß die Zuwanderer unserer geistig moralischen Identität dasselbe Verständnis und dieselbe Achtung entgegenbringen, wie sie es für ihre eigene Religion und Kultur als selbstverständlich einfordern.

Von den Ausländern, welche die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben wollen, erwartet Deutschland, dass sie neben der Verfassung sich auch um das Einfühlen in die Mentalität, sowie um Kenntnis deutscher Kultur und Geschichte bemühen, damit ein humanes und gedeihliches Miteinander aufgrund gegenseitigen Verstehens erwachsen kann, was allein durch den Spracherwerb noch nicht gewährleistet ist. Die Kenntnis der Sprache der neuen Heimat allein ist noch keine Garantie für ein friedliches Zusammenleben, wie die Unruhen in Vorstädten Frankreichs zeigten.



Karin Wiedemann

„Frauen in der CDU“

Ausweislich des Frauenberichts der Bundespartei von 2004 stagniert der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft während der letzten 13 Jahre unverändert bei knapp 25 Prozent. Diese Entwicklung ist nicht zufrieden stellend angesichts eines Bevölkerungsanteils von 52 %.

In den Gremien der Partei wie Präsidium, Bundesvorstand und bei den Delegierten haben die Frauen aktuell das Minimalziel einer Drittelbeteiligung erreicht. Mit einem Frauenanteil von 19,9 Prozent hat die Unionsfraktion den geringsten Frauenanteil aller Fraktionen im neu gewählten Bundestag. Der Frauenanteil an den Abgeordneten aller Fraktionen liegt derzeit bei 31 Prozent.

Die wenigen Zahlen zeigen, dass die CDU sowohl bei der Mitgliedschaft, als auch bei der Repräsentanz von Frauen in Gremien, Ämtern und Mandaten Nachholbedarf hat. Eine stärkere und konsequentere Einbeziehung von Frauen ist unverzichtbar, um die Partei in der Mitte der Gesellschaft zu halten. Der Delegiertentag in Ludwigsburg hat hieraus Forderungen abgeleitet, die Karin Brückert oben in ihrem Bericht dargestellt hat.

Auf Schleswig-Holstein gemünzt hat der geschäftsführende FU-Landesvorstand dem CDU-Landesverband vorgeschlagen :

- die konsequente Umsetzung des Beschlusses **„Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine moderne Volkspartei“** des CDU-Parteitages 2003, das heißt u. a. das politische Handeln auch innerparteilich darauf zu überprüfen, wie es sich auf Männer und Frauen auswirkt¹;

¹ Es heißt dort: **„Mandatsträger und Mandatsträgerinnen werden in den Kreisverbänden aufgestellt. Nirgendwo ist die Verantwortung für das „CDU-Personal“ so groß. Da Frauen häufig einen anderen Zugang zur politischen Arbeit und zu Führungsämtern haben, benötigen wir nicht nur guten Willen, sondern eine professionelle Personalentwicklung in den Kreisverbänden. Gewinnen kann die CDU Frauen über Ehrenämter, in denen sie schon sind – also Schulpflegschaften, Kin-**

- die Einrichtung einer **professionellen Personalentwicklung** in den Kreisverbänden der CDU. Als Grundlage hierfür sollen alle CDU-Kreisverbände die jeweils aktuellen Amts- Und Mandatsträger/innen namentlich pro Kreisverband in **Listen** führen, damit erkennbar wird, **wie die CDU nach Geschlecht und soziologischen Gruppen vertreten ist und wo Nachholbedarf besteht (Benchmarking)**;
- die Betrachtung des Ist-Standes vornehmen und weitere Erhebungen **alle zwei Jahre** durchführen, so dass CDU-Landesvorstand und CDU-Kreisverbänden diese als **Grundlage für Maßnahmen der Personalentwicklung** zur Verfügung haben;
- **gezielte Mitgliederwerbemaßnahmen für Frauen** in allen Kreisverbänden der CDU unter Einbeziehung örtlicher FU-Vereinigungen, die an den Orts- und Kreisverbänden zu stärken sind. Ziel muss es sein, den Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft auf mindestens ein Drittel zu heben. **Die Anstrengungen zur Gewinnung von weiblichen Mitgliedern sind zu dokumentieren** und in den **Frauenbericht** für den Landesparteitag einzustellen;
- Entwicklung **neuer Formen der Parteiarbeit** auf allen Parteiebenen insbesondere Projektarbeit und offene Arbeitskreise, die den besonderen Interessen der Frauen nach konkreten Aufgaben entgegenkommen;
- **Fortbildungsangebote für alle Amtsträgerinnen und Amtsträger** unserer Partei in Sachen moderner Formen und **Strukturen** der Parteiarbeit;

dergartenbeiräte, Berufsverbände, Selbsthilfegruppen. Ein zu wenig genutzter Weg ist die Förderung von Mitarbeiterinnen der Partei. Viele haben dort die Parteiarbeit kennen gelernt und könnten ihr Wissen in Ämtern und Mandaten für die CDU nutzbar machen. Die CDU und ihre Vereinigungen und Sonderorganisationen müssen ihren Arbeitsstil ändern. Mit Projektarbeit sind Frauen zur Mitarbeit zu bewegen, und mit Zielorientierung, was in welcher Zeit erreicht werden soll. Frauen leben häufig in einem ausgeklügelten „Zeitmanagement“. Dies muss die CDU berücksichtigen, aber jede Anstrengung wird sich lohnen, Frauen zu gewinnen.“

- **Mentoring für Frauen in der CDU** durch Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Neben der Bereitschaft der Partei, Frauen diese Verantwortung zu übertragen, bedarf es auch der Bereitschaft und Fähigkeit der Frauen, diese Verantwortung zu übernehmen. Stärker als bisher müssen Frauen (übrigens nicht nur diese) auf die Übernahme von verantwortungsvollen Funktionen in der Partei vorbereitet werden. Hierbei ist der Schwerpunkt auf die Kenntnis politischer Strukturen und Abläufe zu setzen;
- die konsequente Anwendung der **satzungsgemäßen Förderinstrumentarien** für Frauen;
- die Frauenberichte des Landesgeschäftsführers nicht nur auf die summarische Darstellung der Situation zu beschränken, sondern in ihnen darzulegen, welche **konkreten Maßnahmen** seitens der CDU ergriffen worden sind, um die Unterrepräsentanz der Frauen zu beseitigen.

Die Frauen Union macht einen ersten Schritt mit einem Projekt, das Astrid Damerow entwickelt. Sie hat eine Umfrage erstellt, die eine gezielte Ansprache möglicher Kandidatinnen für künftige Wahlen vorbereiten soll. Das Projekt wird auf dem Delegiertentag vorgestellt.

Fazit: Wir brauchen **Mentoring, Benchmarking, Fortbildung, Projektarbeit statt Sitzungen**, bewusste Einbeziehung der aktiven Frauen in die **Parteinetzwerke der CDU** und: Das Thema „**CDU-Frauen in die Politik**“ muss **Chef- und Herzenssache** sein.



Annette Droege, FU KV Kiel

Zurück in die 50er Die "Bräuteschule" der ARD

Der Titel "Die Bräuteschule" weckt zunächst mal Assoziationen an Werke, die die meisten von uns wohl für langweilige Winterabende in einer dezenten Ecke unseres Bücherschranks aufbewahren. Zum ersten Mal bin ich in der Märzangabe der Zeitschrift "Emma" auf dieses Vorhaben der ARD gestoßen.

"Deutschland in den 50er Jahren. Die Leitbegriffe waren Pflicht, Leistung, Ordnung und Sauberkeit. Besonders für die Frauen: Sie sollten – lächelnd – dafür sorgen, dass der Gatte zufrieden ist und die Kinder sich gut benehmen. Und das, als Hausarbeit noch richtig anstrengend war."

Zwölf junge Frauen von heute begeben sich Ende März 2006 für ca. acht Wochen auf eine Zeitreise und lernen kennen, was die Gesellschaft von einer Frau in den 50er Jahren erwartet.

(<http://www.daserste.de/brauteschule/>).

Zunächst scheint da nur das Klischee der guten, goldenen Zeit des Wirtschaftswunders, der heilen Familien und dauerhaften Ehen beschworen zu werden. Zurück an den Herd mit den Frauen, zuerst mit den schlechter Ausgebildeten! Grundverständnis der "Hausfrauenehe" der 50er war die Übereinkunft beider Partner, dass die Ehefrau zeitlebens vom Partner angemessen alimentiert wurde. Damit kann eine junge Frau aber heutzutage nicht mehr rechnen. Eine gute Ausbildung, eigene Berufstätigkeit und eigene Altersversorgung sind daher heute Voraussetzung, dass es Frau auch in Zukunft gut geht.

Damit bieten die öffentlich-rechtlichen Sender nicht nur ein wenig tragfähiges, weil abhängiges Lebensmodell für junge Mädchen und Frauen. Sie leisten auch den immer noch bestehenden Klischees der Männer zum Nachteil der Frauen Vorschub. Als Anstalten des Öffentlichen Rechts sind die öffentlich-rechtlichen Sender dem Grundgesetz und der Förderung des Gleichheitsgrundsatzes verpflichtet. Anstatt dem nachzukommen, begeben sie sich auf ein Niveau, das einige der schlimmsten Pannen der Privaten locker unterbietet! 60 Jahre Eintreten für die Gleichstellung der Frauen werden hier auf subtile Weise einfach unter den Teppich gekehrt und das auf Kosten unserer Gebühren!

Dem sollten wir die Rote Karte zeigen:

Herr Dr. Günther Struve, Programmdirektion ARD, Arnulfstr. 42, 80335 München.

Denn noch ist die Reihe nicht gesendet. Als Sende-termin ist der Herbst vorgesehen.

Redaktionsschluss 2/2006

15. Mai 2006



Aufgaben im FU-Landesvorstand

Die Mitglieder des FU-Landesvorstandes haben verschiedene Aufgaben für laufende Tätigkeiten oder einzelne Projekte übernommen. Wir sind dabei von herkömmlichen Zuständigkeiten abgewichen und den Neigungen der Vorstandsmitglieder gefolgt. Wir wollen Ihnen auf der folgende Seite die Arbeitsbereiche vorstellen.



Falls Sie Fragen oder Anregungen zu diesen Themenbereichen haben, wenden Sie sich bitte an die CDU-Landesgeschäftsstelle bei Helga Lucas (Telefon: 0431/66099-33 oder helga.lucas@cdu-sh.de), die Ihnen Telefon oder Mail der Zuständigen vermitteln wird.

Arbeitsbereiche

Arbeitsbereiche	Verantwortlich	Ziel/Frist
Presse, Koordination, Kontakte Hexenblatt	Vorsitzende	Laufend
Aufbereitung von Texten, eigene Texte, Broschüren, Internet	Kathrin Mertens	Herstellung von Struktur und Inhalt der Homepage unter Zuarbeit der Vorstands- mitglieder
Marketingkonzept FU	Caren Große-Freese	Bis Frühjahr 2006, Zwischenbericht LV/HA
Start-Paket Kreisvorstände	Tatjana Lutz-Koppermann	Erarbeitung von FAQs für neue Kreisvor- stände
Veranstaltungsplanung, Reisepro- gramme	Inga Stammer	Laufend, anlassbezogen
Sitzungs- und Veranstaltungsvorbe- reitung, Protokollführung	Helga Lucas	Laufend
Umwelt/Landwirtschaft	Inga Stammer	Laufend, anlassbezogen
Wiedereinstieg in den Beruf	Birka Lembcke	Sammlung von Best Practice Beispielen, für Anfang 2006
Schule	Maren von Maltzahn	Laufende Kommentierung
Gesundheit, Soziales	Dagmar Jonas	Laufende Kommentierung
Leistungsrecht, Sozialhilfe,	Caren Große-Freese	Laufende Kommentierung
Kultur und Geschichte, Jahrestage	Kathrin Mertens	Laufend Beobachtung und Texterstellung
Fortbildungsplanung, Motivation, Gewinnung von Frauen für Politik	Astrid Damerow	Erarbeitung eines Konzeptes „Lust auf Po- litik“ bis Frühjahr 2006, Zwischenbericht in LV/HA-Sitzungen
Bundesvorstand	Karin Brückert	Laufend
Hochbegabte Kinder	Tatjana Lutz-Koppermann	Beratungsangebot formulieren
Bildung/Wissenschaft	Dr. Maria Meyer zu Natrup	Laufende Kommentierung